

## **Eckpunkte für ein Sonderprogramm des Bundes zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ-Programm)**

Beschluss der Bundesregierung vom 14. Juli 2004

Erfolgreiche Ausbildungsplatzsuche trifft junge Menschen in einer entscheidenden Phase ihrer persönlichen Entwicklung besonders. Ein durch fehlende Ausbildungsplätze misslungener Einstieg junger Menschen in die Arbeitswelt birgt die Gefahr von Orientierungs- und Perspektivlosigkeit sowie von gesellschaftlicher Isolation.

Angesichts der prekären Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat die Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft einen Ausbildungspakt geschlossen. Die Wirtschaftsverbände verpflichten sich danach über die von der Wirtschaft jährlich zugesagten 30.000 neuen Ausbildungsplätze hinaus, in diesem und den beiden folgenden Jahren jeweils 25.000 zusätzliche Plätze für betrieblich durchgeführte Einstiegsqualifizierungen zur Verfügung zu stellen.

Zur Unterstützung der Einstiegsqualifizierungen hat der Bund ein Sonderprogramm zur Finanzierung zugesagt, das die Bereitstellung betrieblicher Praktikumsplätze durch die Wirtschaft flankieren soll.

### **Ausgangslage:**

Im Jahr 2003 wurden rund 558.000 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen, darunter rund 497.000 betriebliche Verträge. Dies waren im vierten Jahr in Folge weniger Ausbildungsverträge als im jeweiligen Vorjahr. Seit dem Jahr 1998 hat sich die Zahl der betrieblichen Verträge um rund 65.400 oder - 11,6% - verringert. Nach der Berufsberatungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit scheint sich der Trend fortzusetzen. Im Mai 2004 waren 5,1 % weniger betriebliche Ausbildungsstellen gemeldet als im Vorjahr. Die Zahl der Ausbildungsbewerber ist hingegen um 2,2 % gestiegen.

### **Förderung der Einstiegsqualifizierung**

Zur Versorgung der Bewerber mit aus individuellen Gründen eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach den bundesweiten Nachvermittlungsaktionen keinen Ausbildungsplatz haben, bietet die Wirtschaft als Brücke in die Berufsausbildung erstmals im Ausbildungsjahr 2004 eine neu entwickelte Einstiegsqualifizierung an. Diese sechs- bis zwölfmonatige betriebliche Einstiegsqualifizierung mit Kammerzertifikat wird in zunächst zehn Schlüsselbranchen bereitgestellt. Sie hat zum Ziel, den Teilnehmern Grundkenntnisse und -fertigkeiten zu vermitteln, die für eine Berufsausbildung förderlich sind. Sie kann auf die Dauer einer späteren Berufsausbildung angerechnet werden.

Als Einstiegsqualifizierung bietet die Wirtschaft auch vergleichbare Berufseinstiegsangebote an. Die Kammerorganisationen werden das Angebot in der Berufsausbildungsvorbereitung für Jugendliche, die noch nicht im vollen Maße über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen – insbesondere lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Jugendliche - weiter um 50 Qualifizierungsbausteine erhöhen und bei ihren Mitgliedern für dieses Instrument werben.

Junge Menschen mit Migrationshintergrund sowie benachteiligte und behinderte junge Menschen sind angemessen zu berücksichtigen, soweit nicht individuelle Förderbedarfe eine außerbetriebliche Qualifizierung erfordern.

Auf der Grundlage eines zwischen dem Jugendlichen und dem Arbeitgeber geschlossenen Praktikervertrages wird der Bund im Rahmen dieses Sonderprogramms die Einstiegsqualifizierung auf Antrag des Arbeitgebers bei der örtlich zuständigen Agentur für Arbeit monatlich nachträglich durch die Erstattung der Praktikervergütung von bis zu 192 € monatlich und die Übernahme des monatlichen Gesamtsozialversicherungsbeitrages (102 €) fördern. Die Förderdauer ist abhängig von der tatsächlichen Dauer der Einstiegsqualifizierung. Sie beträgt höchstens 12 Monate. Bei den Maßnahmen im Rahmen dieses Sonderprogramms handelt es sich nicht um nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch förderbare berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen.

Das Sonderprogramm hat eine Laufzeit von drei Jahren. Es beginnt am 1. Oktober 2004, Eintritte können grundsätzlich bis spätestens zum 31. Dezember 2006 erfolgen.

Das Programm wird aus Bundesmitteln durch Umschichtung im Einzelplan des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit finanziert. Insgesamt werden knapp 270 Mio. €, davon noch rd. 11 Mio. € in diesem Jahr, aufgewendet.